

Nicht anwesend (entschuldigt)

Gesell, Andrea	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Keils, Ewald	CDU-Fraktion
Knapstein, Günter	CDU-Fraktion
Liebeskind, Annette	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Schüller, Alexander	FDP-Fraktion
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion
Will, Madeleine Dr.	Seniorenbeirat

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 70/2018 vom 10.10.2018	
5	Bürgerwerkstatt Bahnhof Roisdorf: Vorstellung der Ergebnisse und der daraus entwickelten Planungen	790/2018-7
6	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	326/2018-7
7	Bauprogramm für Straßen und Verkehrsanlagen 2019 - 2023	433/2018-9
8	Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes in Bornheim: Ergebnisse der Prüfaufträge bezüglich möglicher zusätzlicher Angebotserweiterungen	727/2018-7
9	Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes auf der Linie 16 in Bornheim	789/2018-7
10	Beratung des Haushaltes 2019/2020 in den Fachausschüssen	540/2018-2
11	Bauliche Entwicklung von Grundstücken an der Straße Donnerstein	319/2018-7
12	Bebauungsplan Bo 17 in der Ortschaft Bornheim; Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit	700/2018-7
13	Bebauungsplan Ro 24 in der Ortschaft Roisdorf; Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Offenlage, Beschluss zur erneuten Offenlage	732/2018-7
14	Bebauungsplan He 28 in der Ortschaft Hersel; Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB; Offenlagebeschluss	796/2018-7
15	Bebauungsplan Wd 56 in der Ortschaft Waldorf im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB; Aufstellungsbeschluss	768/2018-7
16	Neuaufstellung Regionalplan - Allgemeine Siedlungsbereiche und Gewerbe- u. Industrieansiedlungsbereiche	689/2018-7
17	Ergebnisse straßenverkehrsrechtlicher Überprüfungen in Brenig auf Grund der Einwohnerversammlung vom 29.05.2017	643/2018-9
18	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2018 betr. bauliche Entwicklung des Heerweges, Ortsteil Waldorf	675/2018-7
19	Antrag der CDU-Fraktion vom 10.10.2018 betr. Beschilderung Gewerbegebiet Bornheim-Süd in der Gemarkung Hersel	735/2018-9
20	Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2018 betr. Planung und Umsetzung eines Radweges an der L 182	759/2018-7
21	Mitteilung betr. Änderung der Zusatzbeschilderung der Zufahrtstraßen „Anlieger frei“ in „Lieferverkehr frei“ in Walberberg	654/2018-9
22	Mitteilung betr. Verkehrsverhältnisse in der Altenberger Gasse in Karldorf	811/2018-9

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
23	Mitteilung betr. Verkehrssituation in der Coloniastraße in Walberberg	656/2018-9
24	Ergänzende Beantwortung der Großen Anfragen der FDP-Fraktion vom 25.07.2018 betr. Busverkehr und Linienführung in Sechtem sowie vom 06.08.2018 betr. Pünktlichkeit des ÖPNV in Bornheim	731/2018-7
25	Mitteilung betr. Bauantrag zur Errichtung einer Hochseil-Kletteranlage an der Jugendakademie Walberberg	793/2018-6
26	Mitteilung betr. Bauantrag zur Nutzungsänderung von Teilen des Klosterhofes in Walberberg zu Wohnungen	794/2018-6
27	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	804/2018-1
28	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt,

1. den Tagesordnungspunkt 10 nach Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln,
2. die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 11 nach Tagesordnungspunkt 10 zu behandeln,
3. die Tagesordnungspunkte 13 und 14 nach Tagesordnungspunkt 11 zu behandeln,
4. auf Antrag der SPD-Fraktion den Tagesordnungspunkt 16 von der Tagesordnung abzusetzen und.
5. den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 21.45 Uhr beginnen zu lassen.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1 – 5, 10, 6, 7, 11, 13, 14, 8, 9, 12, 15, 17 – 19.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.		
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.		
3	Einwohnerfragestunde	
Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.		

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 70/2018 vom 10.10.2018	
----------	--	--

Der Ausschuss für Stadtentwicklung erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 70/2018 vom 10.10.2018 keine Einwände.

5	Bürgerwerkstatt Bahnhof Roisdorf: Vorstellung der Ergebnisse und der daraus entwickelten Planungen	790/2018-7
----------	---	-------------------

Die von AM Stadler gestellten Anfragen werden nach Zusage von Herrn Schier als große Anfrage gesehen und schriftlich beantwortet.

1. Wie sehen die Verhandlungen mit dem Landesbetrieb wegen der finanziellen Beteiligung am Neubau der Bonner Straße aus? Wie ist der Sachstand zum Rückstufungsverfahren, seit April 2015 habe ich nichts Neues gehört. Vorlage 185/2015 StEA vom 15.04.2015.
2. Am 18. Februar 2016 beauftragte der Rat die Verwaltung mit der Prüfung von Fördermitteln für die Bürgerwerkstatt. Wie ist derzeit der Sachstand?
3. Beteiligt sich die Bahnentwicklungsgesellschaft BEG an der Finanzierung der Bürgerwerkstatt?

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen,
2. die vorliegenden Planungen in einer Informationsveranstaltung für die Bürger vorzustellen,
3. die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse der Bürgerwerkstatt Bahnhof Roisdorf die Fortführung des Verfahrens zum Bebauungsplan Ro 21 durchzuführen,
4. die Verwaltung zu beauftragen, zwecks Konkretisierung der Planungen zur Aufwertung des Bahnhofes Roisdorf und dessen unmittelbaren Umfeldes,
 - 4.1 eine technische Planung für die Bahnanlagen zu veranlassen sowie
 - 4.2 eine konkretisierende gestalterische Planung des Bahnhofsvorplatzes sowie der Rückseite Rosental inklusive der Fläche EMKA-Markt, nach dem 2. Bürgerwerkshop, durchzuführen.
5. die Verwaltung auf Antrag der SPD-Fraktion zu beauftragen,
 - 5.1 die Variante Kreisverkehrsplatz mit in die Lupe 1 und 2 aufzunehmen und zusätzlich den Bürgern die Kreisverkehrsplatzvariante in den geplanten weiteren Informationsveranstaltungen vorzustellen.
 - 5.2. auf der Grundlage auch der Variante Kreisverkehrsplatz das Verfahren ebenfalls fortzuführen und eine konkretisierende Planung des Bahnhofsvorplatzes durchzuführen.
 - 5.3 auf der Bonner Straße, vor der Einmündung der Brunnenallee aus Richtung Born-

heim, eine weitere Bushaltestelle vorzusehen.

- 5.4 zur Konkretisierung zukünftiger Planungen im Bereich des B-Plans Ro 21 das Arbeitsfeld der Bürgerwerkstatt „Bahnhof Roisdorf“ auf weitere Flächen im vorgeannten Bebauungsplan auszudehnen.
- 5.5 zeitnah dazu wieder zu einer Bürgerwerkstatt mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern einzuladen. Vorher sind die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt vom 10. Oktober 2017 und 11. April 2018 auf der städtischen Internetseite zu veröffentlichen und im Amtsblatt bekanntzugeben.
- 5.6 den Bedarf an Park & Ride bzw. an Bike & Ride-Stellplätzen zu ermitteln, eine Kostenschätzung dazu auszuarbeiten und diese Zahlen mit in die Bürgerwerkstatt einfließen zu lassen.

- Einstimmig -

6	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	326/2018-7
----------	--	-------------------

AM Prinz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Klippe in Priorität 2 hoch zu stufen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
07 Stimmen für den Antrag (SPD, FDP)
15 Stimmen gegen den Antrag (CDU tw., UWG, B90/Die Grünen, LINKE, Breuer)
01 Stimmenthaltung (CDU tw.)
abgelehnt.

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. nimmt den Stand der Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung zur Kenntnis.
2. beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion, den Bebauungsplan Me 18 auf Priorität 1 hoch zu stufen.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1

- Einstimmig -

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2

14 Stimmen für den Beschluss (CDU tw., SPD tw., B90/Grüne, FDP, UWG)
06 Stimmen gegen den Beschluss (SPD tw., UWG, LINKE, Breuer)
03 Stimmenthaltungen (CDU tw., SPD tw., FDP)

7	Bauprogramm für Straßen und Verkehrsanlagen 2019 - 2023	433/2018-9
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. beschließt das als Anlage beigefügte Bauprogramm für Straßen und Verkehrsanlagen 2019 - 2023

2. beauftragt die Verwaltung, das Bauprogramm für Straßen und Verkehrsanlagen
 - 2.1. umzusetzen und die notwendigen Mittel im Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020 und der Finanzplanung zu berücksichtigen,
 - 2.2. auf der Internet-Seite der Stadt Bornheim zu veröffentlichen.

- Einstimmig -

8	Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes in Bornheim: Ergebnisse der Prüfaufträge bezüglich möglicher zusätzlicher Angebotserweiterungen	727/2018-7
----------	---	-------------------

Herr Schier sagt zu, den Optimierungsbedarf bezüglich Walberberg, Coloniastraße und die Unzufriedenheit der Rheinorte bei den Gesprächen mit dem Rhein-Sieg-Kreis nochmals deutlich zu machen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung bezüglich möglicher weiterer Veränderungen im Busverkehrsnetz zur Kenntnis.

- Einstimmig -

9	Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes auf der Linie 16 in Bornheim	789/2018-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt,

1. einer Umsetzung der im Sachverhalt beschriebenen Angebotsverbesserung 30-Minuten-Takt an Sonn- und Feiertagen bereits ab Betriebsbeginn auf der Stadtbahnlinie 16 und
2. der Durchführung der im Sachverhalt beschriebenen Angebotsverbesserung Nachtverkehr am Wochenende auf der Linie 16 zu.

- Einstimmig -

Abgelehnte Anträge

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
SPD	12.10.2018	7	1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	296 ff	<p>Antrag: Nach dem Verkehrskonzept für den Ortsteil Walberberg (im HHPI-Entwurf für 2019 enthalten) sollen Verkehrs-Gesamtkonzepte für die Ortsteile Merten (2020) und Waldorf (2021) erstellt werden. Ansatz je Verkehrs-Gesamtkonzept 30.000 €.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Bezeichnung "Verkehrskonzept" beinhaltet eine Verkehrsplanung innerhalb der Verkehrsnetzstruktur. Eine derartige, ggfls. netzübergreifende Verkehrsbe- trachtung im Zusammenhang mit einer Bauleitplanung ist in den Ortsteilen Mer- ten und Waldorf derzeit nicht beabsichtigt, könnte jedoch grundsätzlich in einem Workshop näher betrachtet werden.</p> <p>Sofern der Antragsgegenstand auf die Erarbeitung eines Straßenraumentwur- fes mit der Zieldefinition eines beitragspflichtigen Ausbaues abzielt, kann auf- grund des kurzfristigen Eingangs des Antrages und der sich daraus ergebenden kurzen Bearbeitungszeit seitens der Verwaltung weder eine Bearbeitung, Kos- tenermittlung bzw. Kostenbestätigung erfolgen noch eine Aussage zur erforder- lichen Personalverfügbarkeit, da weder die Plangebiete Merten und Waldorf hinreichend konkret beschrieben sind noch die Zieldefinition und Aufgabenstel- lung erkennbar ist.</p> <p>Die im Antrag dargestellten Kosten (konsumtive Ausgaben) in Höhe von 30.000 Euro für je ein Gesamt-Verkehrskonzept sind nach Einschätzung der Verwal- tung weit von einem tatsächlichen Mittelbedarf entfernt, da das Honorar in Ab-</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>hängigkeit der zu ermittelnden Ausbaurkosten auf der Basis der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) berechnet wird. Eine Refinanzierungsmöglichkeit ist zudem nicht gegeben.</p> <p>An dieser Stelle erfolgt der Hinweis, auch unter Bezugnahme auf die Vorlage 433/2018-9, dass die Erarbeitung von Straßenraumentwurfskonzepten für die Ortschaften Merten und Waldorf in den beantragten Zeiträumen, ohne entsprechende Personalaufstockung und Berücksichtigung im Stellenplan, als nicht leistbar erachtet wird.</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	
<p>Der Antrag der SPD-Fraktion, nach dem Verkehrskonzept für den Ortsteil Walberberg (im HHPI-Entwurf für 2019 enthalten) sollen Verkehrs-Gesamtkonzepte für die Ortsteile Merten (2020) und Waldorf (2021) erstellt werden. Ansatz je Verkehrs-Gesamtkonzept 30.000 €.</p> <p>wird mit einem Stimmenverhältnis von 07 Stimmen für den Antrag (SPD, LINKE) 13 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP) 02 Stimmenthaltungen (B90/Die Grünen) abgelehnt.</p>							
SPD	12.10.2018	10	1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	296 ff bzw. 311 und 323	<p>Antrag: Stärkung des Radverkehrs, Kostenermittlung: a) Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Beleuchtung stark genutzter Radwege mit Priorität auf die Radwege, die auch als Schulweg eine hohe Bedeutung haben. B) Berücksichtigung von Haushaltsmitteln für die Beleuchtung des Radweges entlang der Brüsseler Straße / Händelstraße zwischen Merten und Sechtem</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>inklusive der Ausleuchtung / Umgestaltung der Fahrradabstellmöglichkeiten am Haltepunkt Merten; Planung 2019/20, Ausbau 2020 im Rahmen des Ausbaus der Händelstraße.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: zu a. und b.) Die Verwaltung weist auf die Ausführungen in der Vorlage 156/2015-9 "Ergänzung der Straßenbeleuchtung in Bestandsgebieten" hin, wonach sich die gesetzliche Beleuchtungspflicht auf innerörtliche Gefahrstellen erstreckt. Jede weitere Beleuchtung von Verkehrsflächen, insbesondere außerorts, stellt eine freiwillige Aufgabe der Kommune im Rahmen der Daseinsfürsorge dar. zu b.) Aufgrund des kurzfristigen Eingangs des Antrages und der sich daraus ergebenden kurzen Bearbeitungszeit kann seitens der Verwaltung weder eine konkrete Kostenaussage noch eine Einschätzung zu den hierzu erforderlichen Personalkapazitäten gemacht werden. Für eine tiefergehende Bearbeitung ist die Aufgabenstellung "Ausleuchtung/Umgestaltung der Fahrradabstellmöglichkeiten am Haltepunkt Merten" nicht hinreichend konkret beschrieben.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss:</p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	
<p>Der Antrag der SPD-Fraktion, Stärkung des Radverkehrs, Kostenermittlung: a) Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Beleuchtung stark genutzter Radwege mit Priorität auf die Radwege, die auch als Schulweg eine hohe Bedeutung haben. B) Berücksichtigung von Haushaltsmitteln für die Beleuchtung des Radweges entlang der Brüsseler Straße / Händelstraße zwischen Merten und Sechtem inklusive der Ausleuchtung / Umgestaltung der Fahrradabstellmöglichkeiten am Haltepunkt Merten; Planung 2019/20, Ausbau 2020 im Rahmen des Ausbaus der Händelstraße.</p>							

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
<p>wird mit einem Stimmenverhältnis von 09 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Die Grünen, LINKE) 12 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG) 01 Stimmenthaltung (Breuer) abgelehnt.</p>							
SPD	12.10.2018	11	1.12.02. 01	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	296 ff	<p>Antrag: Zusätzliche Mittel für die Straßenbeleuchtung in allen Ortschaften: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Zahl der mit dem Haushalt 2017/2018 beschlossenen 10 zusätzlichen Straßenleuchten viel zu gering ist um das enorme Defizit der Stadt Bornheim in diesem Bereich zu decken. Schon heute reicht die "Warteliste" bis ins Jahr 2021 hinein. Bornheim liegt weit unter dem Benchmark vergleichbarer Städte und ist von einer DIN-gerechten Versorgung weit entfernt. Antrag: Erhöhung der Zahl der zusätzlichen Leuchten um 10 auf 20 pro Jahr. Das Verfahren der Einbeziehung der Ortsvorsteher/innen in den Verteilungsprozess soll beibehalten werden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung bestätigt die Einschätzung des Antragstellers, dass die im Haushalt 2017/2018 beschlossenen 10 zusätzlichen Straßenleuchten das Defizit in der flächenhaften Ausleuchtung nicht deckt. Dieses Ziel kann auch mit einer Verdopplung der zusätzlichen Straßenleuchten mittelfristig nicht erreicht werden. Im Benchmark der Vergleichskommunen (Quelle GPA-Bericht aus 2008) stellt die Stadt Bornheim mit 1,33 Leuchten/1.000m² Verkehrsfläche das Minimum dar. Aufgrund der z.T. historisch gewachsenen Verortung der Leuchten-Standorte, ausgenommen der Beleuchtungsanlagen die im Zuge von Straßenausbaumaßnahmen lichttechnisch geplant und beitragspflichtig hergestellt wurden, erfüllt die Straßenbeleuchtung im Bestand (insbesondere Altbestand) nicht An-</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>forderungen der derzeit gültigen DIN EN 13201 an eine gleichförmige und flächenhafte Ausleuchtung der Verkehrsflächen. Diese könnte rechnerisch nur durch eine Verdreifachung der Leuchten-Anzahl auf der Basis einer Beleuchtungsfachplanung, die eine konkrete Bestandsaufnahme und Ausbauplanung voraussetzt, erreicht werden. Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen und den Grundsatzbeschluss zu Vorlage 156/2015-9 "Ergänzung der Straßenbeleuchtung in Bestandsgebieten" und die mit der Erweiterung einhergehenden Folgekosten für Betrieb und Wartung hin.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	
<p>Der Antrag der SPD-Fraktion, zusätzliche Mittel für die Straßenbeleuchtung in allen Ortschaften: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Zahl der mit dem Haushalt 2017/2018 beschlossenen 10 zusätzlichen Straßenleuchten viel zu gering ist um das enorme Defizit der Stadt Bornheim in diesem Bereich zu decken. Schon heute reicht die "Warteliste" bis ins Jahr 2021 hinein. Bornheim liegt weit unter dem Benchmark vergleichbarer Städte und ist von einer DIN-gerechten Versorgung weit entfernt. Antrag: Erhöhung der Zahl der zusätzlichen Leuchten um 10 auf 20 pro Jahr. Das Verfahren der Einbeziehung der Ortsvorsteher/innen in den Verteilungsprozess soll beibehalten werden. wird mit einem Stimmenverhältnis von 07 Stimmen für den Antrag (SPD, LINKE) 15 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Die Grünen, UWG, FDP) 01 Stimmenthaltung (Breuer) abgelehnt.</p>							
SPD	12.10.2018	8	1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	311	<p>Antrag: Erhöhung des pauschalen Ansatzes um 100.000 € im Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung unter Bezugnahme auf die vielfältigen Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes hin zu einer fahrradfreundlichen Stadt und</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Aussendung eines politisch notwendigen Signals zur Stärkung des Radverkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV).</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die beantragte Erhöhung (Verdopplung) des Ansatzes setzt die personelle Leistbarkeit in der Verwaltung voraus, damit eine realistische Umsetzung und Verausgabung der Mittel im vorgesehenen Zeitraum erfolgen kann. Insofern müssen bei einer Erhöhung des Ansatzes entsprechende Prioritäten für den Straßenbaubereich insgesamt anders gesetzt werden.</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, den Ansatz auf 200.000 Euro zu erhöhen.</p>	
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	4	1.12.02 5.00018 5	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	311	<p>Antrag: Die Mittel zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts sollen auf 200.000 Euro verdoppelt werden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die beantragte Erhöhung (Verdopplung) des Ansatzes setzt die personelle Leistbarkeit in der Verwaltung voraus, damit eine realistische Umsetzung und Verausgabung der Mittel im vorgesehenen Zeitraum erfolgen kann. Insofern müssen bei einer Erhöhung des Ansatzes entsprechende Prioritäten für den Straßenbaubereich insgesamt anders gesetzt werden.</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, den Ansatz auf 200.000 Euro zu erhöhen.</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
<p>Die beiden Anträge werden zusammen behandelt. 09 Stimmen für den Beschlusssentwurf (SPD, LINKE, B90/Die Grünen) 13 Stimmen gegen den Beschlusssentwurf (CDU tw., UWG, FDP, Breuer) 01 Stimmenthaltung (CDU tw.)</p> <p>Der Beschlusssentwurf ist damit abgelehnt.</p>							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	13	1.12.02 5.00032 0	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	314	<p>Antrag: Ausbau Donnerstein und Oberdorfer Weg streichen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung verweist auf den gültige Beschlusslage zum Ausbau des Oberdorfer Weges (ab Donnerstein bis Ehrental, Einmündung Haus Wittgenstein). Die Projektbezeichnung "5000320 Oberdorfer Weg und Donnerstein" ist jedoch obsolet und wird angepasst.</p> <p>Beschlussesentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
<p>Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ausbau Donnerstein und Oberdorfer Weg zu streichen, wird mit einem Stimmenverhältnis von 04 Stimmen für den Antrag (B90/Die Grünen, LINKE, Breuer) 19 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, FDP) abgelehnt.</p>							

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	15	1.12.02 5.00035 9	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	321	<p>Antrag: Reduzierung der Maßnahme um die außerörtliche Beleuchtung</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 06.06.2018 zu Vorlage 863/2017-9 Beleuchtung Fuß- und Radweg Zweigrabenweg beschlossen, die Beleuchtung mit Annäherungssensoren umzusetzen.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
<p>Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Reduzierung der Maßnahme um die außerörtliche Beleuchtung, wird mit einem Stimmenverhältnis von 02 Stimmen für den Antrag (B90/Die Grünen) 21 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, FDP LINKE, Breuer) abgelehnt.</p>							
SPD	12.10.2018	9	1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	334	<p>Antrag: In Anbetracht der aktuellen Planungszeiträume für die Bebauung des Bereiches SE 21 und den Bau der L190n, beantragt die SPD-Fraktion ein Vorziehen der Planung für den SE23 von 2023 nach 2022.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Ein Vorziehen der Planung zum Neubau der K 33n (Bereich des B-Plans Se 23) ist zeitlich nicht möglich, da 2022 noch der Bau der Landesstraße (L 190) und die Erschließung des Se 21 läuft.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						Verwaltung.	
<p>Der Antrag der SPD-Fraktion, in Anbetracht der aktuellen Planungszeiträume für die Bebauung des Bereiches SE 21 und den Bau der L190n, ein Vorziehen der Planung für den SE23 von 2023 nach 2022. wird mit einem Stimmenverhältnis von 09 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Die Grünen, LINKE) 13 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP) 01 Stimmenthaltung (Breuer) abgelehnt.</p>							
SPD	12.10.2018	12	1.12.02		357 ff	<p>Antrag: Optimierung von Parkmöglichkeiten in endausgebauten Straßen (Schlegelstraße), Ansatz: 15.000 €</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Schlegelstraße ist erstmalig hergestellt und gilt daher als endgültig ausgebaut. Im Zuge des Ausbaues der Schlegelstraße als Verkehrsberuhigter Bereich (Ausbauplanung 1987, Mischverkehrsfläche) wurden neben ausreichend öffentlichen Stellplätzen auch Grünanlagen und Aufenthaltsflächen für den nicht motorisierten Verkehr beitragspflichtig hergestellt. Eine grundlegende bauliche Änderung der Verkehrsanlage bedingt einen entsprechenden Gremienbeschluss zur nachträglichen Änderung des Verkehrsraumes und Berücksichtigung im Bauprogramm für Straßen und Verkehrsanlagen. Die Kosten sind als konsumtive Aufwendungen nicht über Beiträge refinanzierbar. Aufgrund des kurzfristigen Eingangs des Antrages und der sich daraus ergebenden kurzen Bearbeitungszeit kann seitens der Verwaltung weder eine Bearbeitung, konkrete Kostenermittlung bzw. Kostenbestätigung erfolgen noch eine</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Aussage zur erforderlichen Personalverfügbarkeit getroffen werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung auf die Ausführungen zu Vorlage 433/2018-9 Bauprogramm für Verkehrsanlagen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des zuständigen Amtes hin. Zusätzliche Projekte und Aufgaben bedingen zur Realisierung auch zusätzliches Personal mit entsprechender Berücksichtigung im Stellenplan.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	
<p>Der Antrag der SPD-Fraktion, Optimierung von Parkmöglichkeiten in endausgebauten Straßen (Schlegelstraße), Ansatz: 15.000 €, wird mit einem Stimmenverhältnis von 06 Stimmen für den Antrag (SPD, LINKE) 16 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, B90/Die Grünen, FDP, Breuer) abgelehnt. (ohne Mitwirkung von AM Kleinekathöfer gem. § 31 GO)</p>							

Offene Fragen

AM Stadler bei der Räumlichen Planung und Entwicklung Vorlage 540/2018-2, Seite 3

Entwurf 2019, 1.420.000, - 200.000

„Auf der Seite 295 des Haushaltsplans wird von einem Ergebnis gesprochen im Jahr 2019, Teilergebnisplan Räumliche Planung von 2.300.000 und dann wird im Ergebnis auf die Zeilen 26, 27 und 28. Da ist nur die Zeile 26 und 28 genannt worden.

Kann dies geprüft werden?

Antwort:

Dies wird geklärt und im Haupt- und Finanzausschuss dargestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung (StEA)

1. nimmt den Entwurf des Haushaltes 2019/2020 zu den Produktbereichen und Produktgruppen seines Zuständigkeitsbereiches zur Kenntnis und empfiehlt hierzu folgende Änderungen:

Änderungsliste 2019-2023 KONSUMTIV

Mehrerträge und Minderaufwendungen: negativ (minus)

Mehraufwendungen und Mindererträge: positiv

STADT BORNHEIM Haushaltsplan 2019-2020

Änderungsliste für den Ausschuss für Stadtentwicklung

Anlage 1 zur Sitzungsvorlage Nr. 540/2018-2

Stand: 19.10.2018

Druck vom: 19.10.2018

Produktbereich und -gruppe; Seite und Zeile im Haushaltsplan	Sachkonto / Erläuterungen	Entwurf 2019	Änder. 2019	Summe 2019	Entwurf 2020	Änder. 2020	Summe 2020	Entwurf 2021	Änder. 2021	Summe 2021	Entwurf 2022	Änder. 2022	Summe 2022	Entwurf 2023	Änder. 2023	Summe 2023
Produktbereich 1.09 Räumliche Planung, Entwicklung, GEO-Info																
10901 Räumliche Planung und Entwicklung S. 255																
Zeile 13 Aufwendungen für Sach-/Dienstleist.	524901 Planungs- und Gutachteraufwand: Anpassungen aufgrund zusätzlicher Baugebiete und Bauleitpläne für Kindertagesstätten und aufgrund der personellen Situation	1.420.000	-200.000	1.220.000	1.600.000		1.600.000	1.210.000	200.000	1.410.000	1.050.000		1.050.000	1.150.000		1.150.000
Summe Änderungen 10901	Räumliche Planung und Entwicklung		-200.000						200.000							
Produktbereich 1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV																
11202 Straßenunterhaltung und -bewirtschaft S. 296																
Zeile 13 Aufwendungen für Sach-/Dienstleist.	523200 Unterhaltung Infrastrukturvermögen: Erhöhung des Ansatzes für die allgemeine Straßenunterhaltung	375.000	235.000	610.000	260.000	235.000	495.000	260.000	235.000	495.000	325.000	235.000	560.000	260.000	235.000	495.000
	524901 Planungs- und Gutachteraufwand: Entwicklungskonzept Hauptstraße		20.000	20.000												
Zeile 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	549300 Festwerte: Modernisierung Straßenbeleuchtung (Umrüstung auf LED)		280.000			280.000		280.000			280.000		280.000		280.000	
Summe Änderungen 11202 11204 ÖPNV S. 350	Straßenunterhaltung und -bewirtschaft		535.000			515.000			515.000			515.000			515.000	
Zeile 15 Transferaufwendungen	537230 Mehrbelastung ÖPNV: Integration des Schülerspezialverkehrs in den ÖPNV (S. Sitzungsvorlage Nr. 750/2018-7)	1.893.000	175.000	2.068.000	1.907.000	175.000	2.082.000	1.924.000	175.000	2.099.000	1.944.000	175.000	2.119.000	1.964.000	175.000	2.139.000
Summe Änderungen 11204 ÖPNV			175.000						175.000			175.000			175.000	

Änderungsliste INVESTIV

Mehreinzahlungen und Minderauszahlungen: negativ (minus)

Mehrauszahlungen und Mindereinzahlungen: positiv

STADT BORNHEIM Haushaltsplan 2019-2020

Änderungsliste für den Ausschuss für Stadtentwicklung

Anlage 1 zur Sitzungsvorlage Nr. 540/2018-2

Stand: 22.10.2018

Druck vom: 22.10.2018

Produktgruppe und Projekt Nr., Seite im Hpl	Sachkonto, Bezeichnung / Erläuterung	Entwurf 2019	Änder. 2019	Summe 2019	Entwurf 2020	Änder. 2020	Summe 2020	Entwurf 2021	Änder. 2021	Summe 2021	Entwurf 2022	Änder. 2022	Summe 2022	Entwurf 2023	Änder. 2023	Summe 2023
Produktgruppe 10114 Liegenschaften																
5.000345 Grundvermögen	782200 Erwerb von unbebauten Grundstücken: Reduzierung des Ansatzes durch Vorziehen des Ankaufes von Grundstücken nach 2018	3.500.000	400.000-	3.900.000	3.000.000		3.000.000	675.000		675.000	675.000		675.000	675.000		675.000
Summe Änderungen 10114 Liegenschaften			400.000-													
Produktgruppe 11202 Straßenunterhaltung und -bewirtschaftung																
5.000056 Apostelpfad - Königsstraße (S. 302)	783120 Abwicklung von Baumaßnahmen-Tiefbau: Anpassung des Ansatzes nach Aktualisierung der Kostenschätzung und erfolgter Submission	1.110.000	250.000	1.360.000	350.000		350.000	10.000		10.000						
5.000108 Kolberger Str. Beseitigung Bahnübergang (S. 305)	681200 Investitionszuweisungen Land: mit der Zuwendung ist erst in 2020 zu rechnen 783120 Abwicklung von Baumaßnahmen-Tiefbau: Anpassung an Kostenanpassung (Prognose) der DB AG (Deutsche Bahn AG)	65.000-	65.000			65.000-	65.000-									
		10.000	90.000	100.000	10.000	90.000	100.000	10.000		10.000	10.000		10.000	10.000	5.000-	5.000
5.000331 Barrierefreie Haltestellen (S. 318)	681400 Investitionszuweisungen ZV 783120 Abwicklung von Baumaßnahmen-Tiefbau: Erhöhung des Ansatzes, um das Ziel des Förderprogramms zu erreichen (Ausbau barrierefreie Haltestellen)	270.000-		270.000-	270.000-		270.000-	270.000-		270.000-	270.000-		270.000-	270.000-		270.000-
		240.000	160.000	400.000	240.000	160.000	400.000	240.000	160.000	400.000	240.000	160.000	400.000	240.000	160.000	400.000
5.000359 Fußweg entlang Zweigrabenweg (S. 321)	782200 Erwerb von unbebauten Grundstücken: Verzögerung der Maßnahme aus wirtschaftlichen Gründen 783120 Abwicklung von Baumaßnahmen-Tiefbau: Verzögerung der Maßnahme aus wirtschaftlichen Gründen	5.000	95.000	100.000	5.000	5.000-										
		5.000	95.000	100.000	5.000	5.000-		10.000	10.000-							
5.000360 Fußweg Kolberger Str. (S. 322)	783120 Abwicklung von Baumaßnahmen-Tiefbau: Verzögerung der Maßnahme aus wirtschaftlichen Gründen	10.000	60.000	70.000												
Summe Änderungen 11202 Straßenunterhaltung			815.000			175.000		150.000		160.000			155.000			
Produktgruppe 11204 ÖPNV																
5.000485 Modernisierung Bahnsteige (S. 354)	781800 Allg. Investitionszuschüsse an private Unternehmen: Neuberechnung des Zuschusses mit Einbeziehung der Umsatzsteuer (nur in 2020)	200.000		200.000	374.000	76.000	450.000									
Summe Änderungen 11204 ÖPNV						76.000										

2. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis (2. Ergänzungsvorlage) und beschließt zusätzlich zum Stellenplanentwurf 2019/2020 die Einrichtung von 2 unbefristeten Stellen nach Entgeltgruppe 11 im Produktbereich Hochbau.

3. nimmt die Anfragen und Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2019 / 2020 und die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung (1. Ergänzungsvorlage) hierzu zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Änderungen:

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
CDU	26.09.2018	2	1.01.15	Gebäudewirtschaft	85 ff	<p>Anfrage: Welche Vereine belegen mit wie vielen Gruppen zu welcher Uhrzeit Räume in den verschiedenen Schulgebäuden (ausgenommen Turnhallen)? Gibt es eine Belegungsplanung? Gibt es eine Belegungsplanung der VHS?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Es gibt eine aktuelle Übersicht der durch externe Nutzer belegten Räume in Schulgebäuden und anderen städtischen Gebäuden, wie Jugendgemeinschaftsräume. Die Unterlagen können gerne bei der Verwaltung eingesehen werden. Hier sind auch die Nutzungen durch die VHS oder die Musikschule erfasst. Die Belegung städtischer Räumlichkeiten wird kontinuierlich mit den Nutzern abgestimmt. Die VHS plant ihre Raumnutzung immer im Vorfeld der Pro-</p>	Anfrage

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						grammplanung. In den letzten Jahren ist die Nutzung der Räumlichkeiten in Schulen durch die Ausweitung der offenen Ganztagschule zeitlich deutlich eingeschränkt worden.	
Herr Schier sagt auf Nachfrage von AM Wehrend zu, dass die im Sachverhalt genannten Unterlagen den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden und nicht wie dargestellt ist, dass die Unterlagen in der Verwaltung eingesehen werden können.							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	5	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	85 ff	<p>Antrag: Einstellen von Mitteln für die Planung der Erweiterung der Markus-Schule Rösberg ab 2021. Begründung die Markus-Schule ist die Schule, bei der neben den drei Schulen, bei der die Zügigkeit erhöht werden soll, der größte Raumbedarf festgestellt wurde. Entsprechend sollte hier zügig in die Planung eingestiegen werden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Angelegenheiten der Schulerweiterung fallen in die Zuständigkeit des ASS:</p> <p>Die konstant prognostizierten Schülerzahlen für die Markus Schule Rösberg gehen von einer dauerhaften 1,5-Zügigkeit der Schule aus. Bei einem geplanten Ausbau der Schule sollten jedoch aus Sicht der Verwaltung die Voraussetzungen für eine zweizügige Schule geprüft werden. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die steigenden Anmeldezahlen nicht alleine von den benachbarten Schulen aufgefangen werden können. Der zusätzliche Raumbedarf wird nach ersten Überlegungen für eine 1,5 zügige Grundschule für Klassen-, Gruppen- und Differenzierungsräume mit 125 m² beziffert. Hinzu kommt eine Mensa mit einer Größe von 80m². Die zusätzlichen Flächen für Lehrerzimmer, Sekretariat und Verwaltungsräume würden ca. 100m² betragen.</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Bezogen auf eine 2-zügige Schule würde sich dieser Bedarf um weitere 130m² erhöhen.</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung mit der mittelfristigen Prüfung der Voraussetzung für eine Erweiterung zur Zweizügigkeit der Grundschule Rösberg.</p>	
Es erfolgte keine Abstimmung, da bereits im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel darüber beschlossen wurde.							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	6	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	85 ff	<p>Antrag: Mittel einstellen für die Planung und den Ausbau der Nikolaus-Schule in Waldorf ab 2019. Begründung: Der vorgelegte Schulentwicklungsplan belegt den Bedarf in Waldorf möglichst schnell eine Erweiterung umzusetzen, denn insbesondere hier wurde im Schulentwicklungsplan ein rasanter Anstieg der Schülerzahlen erwartet. Angesichts der Empfehlungen des Schulentwicklungsplans sollte zusätzlich ein Neubau der Kita Flora sowie eine Kooperation geprüft werden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Angelegenheiten der Schulerweiterung fallen in die Zuständigkeit des ASS, Angelegenheiten der Kitas fallen in die Zuständigkeit des JHA:</p> <p>Aufgrund der Prognosen der Schulentwicklungsplanung und der parallel hierzu durchgeführten Raumanalysen für die Grundschulen der Stadt Bornheim wurden die OGS-Bedarfe der einzelnen Grundschulen dargestellt und im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel in seiner Sitzung am 15.05.2018 beschlossen (Vorlage Nr. 359/2018-5).</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Demnach besteht ein vordringlicher Handlungsbedarf an der Johann-Wallraf-Schule Bornheim, der Sebastian-Schule Roisdorf und der Wendelinus-Schule in Sechtem.</p> <p>Der Ausschuss hat in gleicher Sitzung neben der energetischen Sanierung der Thomas-von-Quentel-Schule in Walberberg, den vollständigen Dachausbau an der Johann-Wallraf-Schule, die Erweiterung der Sebastian Schule zur Aufnahmemöglichkeit von 3 Zügen mit Betreuungskapazitäten im Ganztags sowie die Auslagerung der Küche der Wendelinus-Schule beschlossen.</p> <p>Die Umsetzung dieser Maßnahmen befindet sich zurzeit in Planung und müssen anschließend umgesetzt werden. Entsprechende Mittel sind in den Haushalt eingestellt. Die Prognose für die Grundschule Waldorf hat ergeben, dass die Schule als 2,5-zügige Schule über eine sehr gute räumliche Ausstattung verfügt. Lediglich die Mensakapazitäten sind zu erweitern. Die erforderlichen zusätzlichen Kapazitäten wurden in den Sommerferien geschaffen.</p> <p>Im Rahmen der Schulentwicklung wird mittelfristig eine Dreizügigkeit der Schule notwendig. Aufgrund des schon anspruchsvollen Ausbauprogramms wird eine Umsetzung in den Jahren 2019/20 nicht gesehen und vor dem Hintergrund der übrigen Kapazitäten im Stadtgebiet als für noch nicht notwendig erachtet.</p> <p>Die Notwendigkeit eines Ersatzbaus für die KITA Flora wird grundsätzlich gesehen und erscheint auch vom Alter und Zustand des Gebäudes als mittelfristig sinnvoll. Jedoch müssen vordringlich durch Neubauprojekte mehr KITA-Plätze geschaffen werden.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
Herr Schier sagt zu, dass die Verwaltung bei der Abarbeitung der Anträge, die Fortschreibung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung vornimmt, die Raumprogramme, räumliche Anforderungen, schulspezifisch beinhalten.							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	7	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	85 ff	<p>Antrag: Planungsmittel für den Bau einer KITA in Me18 einstellen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Angelegenheiten der Kitas fallen in die Zuständigkeit des JHA. Die Errichtung der Kindertagesstätten soll nach Möglichkeit durch einen Träger und/oder einen Investor umgesetzt werden. Planungsmittel entfallen in diesem Fall.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
Es erfolgte keine Abstimmung, da bereits im Jugendhilfeausschuss darüber beraten wurde.							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	8	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	85 ff	<p>Antrag: Konzept zur Nachnutzung einer KITA in Merten (in Me16 oder Me18) entwickeln, so dass nach der Bedarfsspitze das Gebäude sinnvoll in die Jugendarbeit integriert werden kann.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Angelegenheiten der Kitas fallen in die Zuständigkeit des JHA. Standort Me16 ist als dauerhafter Standort vorgesehen und dient nicht einer befristeten Abdeckung von Bedarfsspitzen. Die Entwicklung eines Konzeptes für einen temporären KITA-Standort im Me18 ist nicht erforderlich, weil das Ge-</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>bäude nach Beendigung der Nutzung ggf. zurückgebaut werden soll, um das Grundstück einer anderen Nutzung zuzuführen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	
Es erfolgte keine Abstimmung, da bereits im Jugendhilfeausschuss darüber beraten wurde.							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	10	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	85 ff	<p>Antrag: Einrichten einer zusätzlichen Stelle im Hochbau: Zur Erreichung der Ziele bei den Neubaus der KITAs und den Erweiterungen der Schulen, muss eine entsprechende personelle Ausstattung sichergestellt werden. Entsprechend sollte im Hochbau-Bereich angepasst werden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Entsprechend der Haushaltsplanung sollen in den nächsten Jahren durchschnittlich im investiven Bereich 11 Mio. Euro Bauvolumen pro Jahr umgesetzt werden, dazu stehen derzeit 5,3 Mitarbeiter zur Verfügung. Zur Erledigung der Aufgaben sollen grundsätzlich für alle Bauprojekte externe Architektur- und Ingenieurbüros eingesetzt werden. Insofern entfällt für investive Maßnahmen auf jede/n Mitarbeiter/in ein durchschnittliches Umsatzvolumen von 2 Mio. im Jahr. Soll der investive Umsatz noch gesteigert werden, so sind für die Umsetzung entsprechend zusätzliche Personalkapazitäten zu schaffen. Pro zusätzlichem Hochmitarbeiter könnte das Ausgabenvolumen somit um mindestens 2 Mio. € gesteigert werden. Dabei ist der Wert von zwei Millionen Ausgabenvolumen pro Mitarbeiter/in ein Mittelwert der vergangenen Jahre jedoch keine empirisch ermittelte Messzahl</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>für den Stellenbedarf.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	
Ist erledigt durch den Beschluss über die 2. Ergänzungsvorlage.							
SPD	12.10.2018	1	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	87	<p>Antrag: Sicherstellung einer substanzerhaltenden und nachhaltigen Gebäudeinstandhaltung durch Erhöhung der Mittel für die Gebäudeinstandhaltungen. Zu einer Festlegung der zusätzlich erforderlichen Mittel, die auch die finanziellen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigen, sollen in diesem Zusammenhang auch die geplanten Investitionsmaßnahmen, die zu einer deutlichen Zustandsverbesserung der städtischen Immobilien (Generalsanierungen) beitragen, dargestellt werden. Dabei sollen entweder diese Kosten - ggf. anteilig - in die Berechnung eines (fiktiven) Faktors der aktuellen Haushaltsplanung mit einbezogen werden oder Gebäude in denen solche Sanierungen vorgesehen sind, zur Berechnung eines wirklichkeitsnäheren aktuellen Faktors aus dem Feuerversicherungswert herausgerechnet werden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Sowohl das Einrechnen der anteiligen investiven Beträge, als auch das Herausrechnendes entsprechenden Gebäudewertes wird nicht als sinnvoll erachtet. Bei größerem Gebäudebestand wird aufgrund der Alters- und Nutzungsdurchmischung die durchschnittliche Berechnung mit 1,2% empfohlen. Investive Maßnahmen, die Erhaltungsmaßnahmen beinhalten, sind schon deshalb anders zu bewerten, weil die Lebensdauer des Gebäudes verlängert wird oder eine Nachaktivierung von Werten stattfindet. Im KGST-Wert 1, 2% finden</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>diese Maßnahmen keine Berücksichtigung.</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung, im Haupt- und Finanzausschuss die Sanierungs- und Investitions-Situation für Gebäude und die Kalkulation des KGSt-Wertes darzustellen.</p>	
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	2	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	87	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, den von der KGSt empfohlenen Wert von jährlich 1,2% für einen nachhaltigen Substanzerhalt als Ziel anzustreben und das dafür notwendige Personal im Stellenplan einzuplanen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die KGSt-Empfehlung für eine nachhaltige Substanzerhaltung beträgt 1,2% des Gebäudewertes/Jahr, der tatsächlich umgesetzte Erhaltungsaufwand ist in den Jahren 2019 – 2023 durchschnittlich mit 0,8% eingeplant. Bei 4 Mitarbeitern in der technischen Gebäudeunterhaltung werden je Mitarbeiter davon 0,2 % umgesetzt. Um folglich den angestrebten Satz von 1,2 % zu erreichen, wären 2 zusätzliche Stellen bereitzustellen. Die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle mit Entgeltgruppe 11 kostet jährlich ca. 100.000 €</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						Verwaltung und beauftragt die Verwaltung, im Haupt- und Finanzausschuss die Sanierungs- und Investitions-Situation für Gebäude und die Kalkulation des KGSt-Wertes darzustellen	
Die beiden Anträge wurden gemeinsam behandelt. Einstimmig							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	3	1.01.15	Gebäudewirt- schaft	87	<p>Antrag: Einrichten einer zusätzlichen Stelle, um den Ansatz im Bereich des Gebäudeerhalts umsetzen zu können.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Um den im HH angemeldeten Ansatz umzusetzen, ist keine zusätzliche Stelle notwendig. Im Weiteren wird auf die Beantwortung des, im gleichen Kontext gestellten Antrages Nr. 2 der Fraktion der CDU verwiesen. Die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle mit Entgeltgruppe 11 kostet jährlich ca. 100.000 €</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und verweist die Angelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss.</p>	Antrag
Einstimmig							

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	1	1.01.15	Gebäudewirtschaft	96 ff	<p>Antrag: Im AK Brandschutz wurde dargestellt, dass das Investitionsbudget für die nächsten Jahre an der Kapazität der Verwaltung ausgerichtet ist und es durchaus möglich ist, neben dem Feuerwehrgerätehaus Bornheim auch andere Gerätehäuser vorzuziehen. Um dies zu dokumentieren, beantragen wir die Aufnahme der Feuerwehrgerätehäuser Hersel und Hemmerich/Rösberg als Investitionsmaßnahmen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Stellungnahme der Verwaltung wird noch nachgereicht, deshalb wird empfohlen die Angelegenheit im für den Brandschutz zuständigen Haupt- und Finanzausschuss zu beraten.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung verweist den Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss.</p>	Antrag
Einstimmig							
SPD	27.09.2018	8	1.05.03	Asylleistungen	206 ff	<p>Antrag: Prüfauftrag zur Ausweisung einer alternativen Fläche für das Wohnobjekt Brahmsstraße, Merten</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Prüfung läuft bereits, aktuell wird konkret nach einer alternativen Fläche für ein Nachfolgeobjekt Brahmsstraße gesucht.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						Verwaltung.	
Einstimmig							
SPD	12.10.2018	4	1.09.01	Räumliche Planung und Entwicklung	260	<p>Antrag: Streichung der Ansätze bei den Moderatorenkosten. Bisher keine Inanspruchnahme externer Moderatoren, darüber hinaus soll diese Aufgabe bei Bedarf in der Zuständigkeit und Ausführung durch die Verwaltung erfolgen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Es handelt sich nicht um die Moderation von Einwohnerversammlungen, sondern um Gesprächsführungen mit beteiligten Bürgern zu Planungen und sonstigen Aufgaben, die ergänzend von einem Externen durchgeführt werden sollen.</p> <p>Beschlusentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	8	1.09.01	Räumliche Planung und Entwicklung	260	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufwendungen für Moderatoren zu erläutern, da dies in der Regel vom Ausschussvorsitzenden und seinen Vertretern und städtischen Mitarbeitern übernommen wird. Diese Mittel gilt es einzusparen und den Haushaltsansatz um 15.000 € zu reduzieren.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Es handelt sich nicht um die Moderation von Einwohnerversammlungen, sondern um Gesprächsführungen mit beteiligten Bürgern zu Planungen und sonstigen Aufgaben, die ergänzend von einem Externen durchgeführt werden sollen.</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt den Bürgermeister, die Aufwendungen für Moderatoren zu erläutern, da dies in der Regel vom Ausschussvorsitzenden und seinen Vertretern und städtischen Mitarbeitern übernommen wird. Diese Mittel gilt es einzusparen und den Haushaltsansatz um 15.000 € zu reduzieren.</p>	
Die SPD-Fraktion schließt sich dem Antrag der CDU, UWG und FDP an. Einstimmig							
SPD	12.10.2018	3	1.09.01 1.10.02	Denkmal- schutz und - pflege	ab 255- 270 ff	<p>Antrag: Restaurierung Kriegerdenkmal Ortsteil Rösberg: Ist dieses Vorhaben in der Haushaltsliste Denkmalschutz enthalten? Wenn nein, Bildung eines separaten Ansatzes.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Restaurierung Kriegerdenkmal Ortsteil Rösberg ist im Ansatz Aufwendungen für denkmalgeschützte Gebäude enthalten.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
Ist erledigt. Herr Cugaly sagt auf Anregung von AM Kleinekathöfer zu, dass zukünftig wieder eine Liste der Vorhaben für den Denkmalschutz in den Haushaltsplan aufgenommen wird.							

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
SPD	12.10.2018	6	1.10.02 1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	271 294 ff	<p>Antrag: Ortsteil Rösberg: Sanierung und Gestaltung des Dorfplatzes. Planungsansatz 10.000 € und weitere Kostenermittlung.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Bezeichnung "Sanierung und Gestaltung des Dorfplatzes" ist nicht hinreichend konkret, sodass der Antragsgegenstand "Dorfplatz" nicht sicher einer Verkehrsfläche oder einer städtischen Liegenschaft zugeordnet werden könnte. Die Verwaltung geht davon aus, dass die städtische Fläche im Einmündungsbereich Markusstraße/Proffgasse gemeint ist.</p> <p>Aufgrund des kurzfristigen Eingangs des Antrages und der sich daraus ergebenden kurzen Bearbeitungszeit konnte seitens der Verwaltung keine Bearbeitung, Kostenermittlung bzw. Kostenbestätigung erfolgen. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag in die HA-Sitzung im Dezember zu verweisen und bis dahin überschläglich die Kosten zu ermitteln.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und verweist die Angelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss.</p>	Antrag
Einstimmig							
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	10	1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	297	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, den Leinpfad in die Liste der Unterhaltungsmaßnahmen aufzunehmen.</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Stellungnahme der Verwaltung: Der Leinpfad befindet sich auf der Eigentumsfläche der Bundeswasserstraßenverwaltung. Hierzu existiert seit 1999 ein Nutzungsvertrag, in dem der Stadt die grundsätzliche Verkehrssicherungspflicht für die Nutzfläche (Wegefläche Leinpfad) obliegt, zu der auch Unterhaltungsmaßnahmen (z.B. Beseitigen von Schlamm und angetriebenen Gegenständen nach einem Hochwasser) gehören. Bauliche Maßnahmen, die nicht in die Wegeunterhaltung fallen, werden im Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen.</p> <p>Beschlusssentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p> <p>Beschluss: Der Bürgermeister wird beauftragt, den Leinpfad (Teilstück von Natorampe bis kurz vor den Rheinterrassen) in die Liste der Unterhaltungsmaßnahmen (Wegeunterhaltung und Pflege) aufzunehmen.</p>	
Einstimmig							
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	9	1.12.02	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	302	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, den Eichenweg und die Broichgasse in das Straßenbauprogramm der Folgejahre aufzunehmen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung hat keine Bedenken sowohl die Broichgasse als auch den Eichenweg in das Bauprogramm der Folgejahre nachrichtlich (ohne konkreten Kostenansatz) aufzunehmen. Eine Kostenkalkulation erfolgt in der Fortschreibung des Bauprogramms.</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, den Eichenweg und die Broichgasse in das Straßenbauprogramm der Folgejahre aufzunehmen.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, die Broichgasse im Jahr 2023 mit den Planungskosten von 20.000€ in das Straßenbauprogramm aufzunehmen.</p>	
<p>22 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, UWG, B90/Die Grünen tw., FDP, LINKE, Breuer) 01 Stimme gegen den Beschluss (B90/Die Grünen tw.)</p>							
Bündnis 90/DIE GRÜNE N	04.10.2018	2	1.12.02.	Straßenbau, -unterhaltg., - bewirtschaftg.	304	<p>Antrag: Vor dem Beginn von Baumaßnahmen Vorlage einer Gesamtplanung und eine Auflistung der Einzelmaßnahmen. Kein Bau einer Park-and-ride-Anlage ohne vorherige Aufstellung eines Plans für die Mobilstation!</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Gesamtplanung wird im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Ro 21 erstellt. Die Mobilstation ist fester Bestandteil der Gesamtplanung.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
Ist erledigt.							

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	11	1.12.04	ÖPNV	350 ff	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, die Auslastung der Busverbindung zwischen den Rheinorten und dem Vorgebirge beim Kreis zu erfragen und gleichzeitig zu klären, ob und zu welchen zusätzlichen Kosten eine Taktverdichtung möglich wäre.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Grundlagen hierzu wurden mit dem Konzept zur Weiterentwicklung des Busverkehrsangebotes in der Stadt Bornheim vom Rhein-Sieg-Kreis bereits vorgestellt (Ausschuss für Stadtentwicklung 21.02.2018).</p> <p>Der Antrag wird zur weiteren Prüfung an den Rhein-Sieg-Kreis weitergeleitet. Außerdem wird auf die Veränderungen im Zusammenhang mit der Integration des Schülerspezialverkehrs in den öffentlichen Personennahverkehr verwiesen.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>	Antrag
Einstimmig							
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	12	1.12.04	ÖPNV	350 ff	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, ab Dezember 2019 zum Fahrplanwechsel die Nachtfahrten am Wochenende aufwandsseitig sowohl für die Linie 16 als auch 18 einzuplanen und eine entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Eine entsprechende Vorlage wird für eine der nächsten Sitzungen des Aus-</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						<p>schusses für Stadtentwicklung vorbereitet.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss für Stadtentwicklung zu berichten.</p>	
Einstimmig							
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	19	Allgemein StEA			<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Vertreter der Bezirksregierung Köln, der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises zu einer der nächsten Sitzungen des StEA einzuladen, um zu berichten, wie die Stadt Bornheim die Entwicklung zusätzlicher Gewerbe- und Industrieflächen gemäß Konzept des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Bonn zügig umsetzen kann.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Einladung kann für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung vorgesehen werden. Die Entwicklung zusätzlicher Gewerbe- und Industrieflächen ist jedoch ausschließlich Aufgabe und Zuständigkeit der Stadt Bornheim. Grundlage für die Bornheimer Planung kann dabei des gemeinsame Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises sein. Die Bezirksregierung hat als Aufsichts- und Planungsbehörde eine andere Aufgabe.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, eine Einladung an einen Vertreter der Bezirksregierung Köln, der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises für eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung zu beantragen.</p>	Antrag

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
						wicklung vorzubereiten.	
Einstimmig							
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	20	Prioritätenliste Planungsmaßnahmen			<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, die Prioritätenliste in der jetzigen Form beizubehalten. Bei der Fläche Ro-R-03-W Donnerstein soll die Priorität 2 ohne Vermerk in der Klammer erhalten bleiben. Falls die Flächenverfügbarkeit für Flächen des FNP und sonstige Anforderungen für einen Aufstellungsbeschluss gegeben sind, soll es gerade in den kleineren Ortschaften möglich sein (falls Arbeitskapazitäten vorhanden), dass Flächen in der Priorität steigen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Da zum heutigen Zeitpunkt kein Entwicklungsinteresse von Seiten der Eigentümer erkennbar ist bzw. eine Ablehnung von einzelnen Eigentümern bekundet wurde, wird empfohlen, die Fläche in der Priorität zurückzustufen (s. Vorlage 319/2018-7).</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, die Fläche in der Priorität zurückzustufen.</p>	Antrag
Einstimmig							

Fraktion	Datum des Antrages/ der Anfrage	Nr	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage oder Antrag, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusentwürfe der Verwaltung	Anfrage / Antrag
CDU, UWG, FDP	03.10.2018	21	Prioritätenliste Planungs- maß- nahmen			<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, die Prioritätenliste der Wohnbauflächenentwicklung um folgende Spalten zu erweitern: 1. zu erwartende Kinderzahl durch die Wohnbauflächenentwicklung 2. a) wie viele Plätze in Kindertagesstätten sind vorhanden b) wie viele Grundschulplätze sind vorhanden c) wie viele OGS Plätze sind vorhanden.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Prioritätenliste kann um die beantragten Spalten ergänzt werden.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, die Prioritätenliste der Wohnbauflächenentwicklung um folgende Spalten zu ergänzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • voraussichtliche Zahl der Kinder durch die Wohnbauflächenentwicklung • vorhandene Plätze in Kindertagesstätten • vorhandene Grundschulplätze • vorhandene OGS Plätze. <p>(Die Angebots-/ Platzzahlen werden auf den Sozialraum bezogen (damit Gesamtstadt) und die Zahl der Kinder, die erwartet werden, Wohnbauflächen bezogen, also Baugebietsbezogen, dargestellt.)</p>	Antrag
Einstimmig							

Stimmenverhältnis zu Ziffer 1

- Einstimmig -

Stimmenverhältnis zu Ziffer 2

- Einstimmig -

11	Bauliche Entwicklung von Grundstücken an der Straße Donnerstein	319/2018-7
-----------	--	-------------------

Die Vorlage hat sich durch die Beschlussfassung zur Vorlage-Nr. 326/2018-7, „Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung“, erledigt.

12	Bebauungsplan Bo 17 in der Ortschaft Bornheim; Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit	700/2018-7
-----------	--	-------------------

Der Antrag der SPD-Fraktion, dass ein Wohnhaus der drei Wohnhäuser dem öffentlich geförderter Wohnungsbau zugeordnet werden soll, wird mit einem Stimmenverhältnis von 10 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Die Grünen, LINKE, Breuer) 12 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG tw., FDP) 01 Stimmenthaltung (UWG tw.) abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Bo 17 in der Ortschaft Bornheim. Das Plangebiet liegt zwischen Secundastr. und Burgstraße, beidseitig der Ohrbachstraße.
2. gemäß § 13a (3) BauGB auf die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu verzichten und stattdessen bei der Bekanntmachung der Einleitung darauf hinzuweisen, dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von vier Wochen im Rathaus, Stadtplanungsamt, über die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann.

- Einstimmig -

13	Bebauungsplan Ro 24 in der Ortschaft Roisdorf; Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Offenlage, Beschluss zur erneuten Offenlage	732/2018-7
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat,

1. fasst zu den während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen die vorliegenden Beschlüsse,
2. beschließt, den vorliegenden 2. Entwurf des Bebauungsplanes Ro 24 (Gewerbegebiet) einschließlich der vorliegenden geänderten textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden geänderten Begründung gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB in Verbindung mit § 4a (3) BauGB für die Dauer von zwei Wochen erneut öffentlich auszulegen. Stellungnahmen können innerhalb dieser Frist nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden.

- Einstimmig -

14	Bebauungsplan He 28 in der Ortschaft Hersel; Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB; Offenlagebeschluss	796/2018-7
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB die vorliegenden Stellungnahmen der Stadt Bornheim,
2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes He 28 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -
bei 1 Stimmenthaltung (LINKE)

15	Bebauungsplan Wd 56 in der Ortschaft Waldorf im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB; Aufstellungsbeschluss	768/2018-7
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Wd 56 in der Ortschaft Waldorf im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB unter der Bedingung, dass öffentlich geförderter Wohnungsbau realisiert wird. Das Plangebiet liegt im Norden der Ortschaft Waldorf in einem Bereich zwischen Donnerbachweg, Dahlienstraße und Blumenstraße und umfasst mehrere Flurstücke am Feldchenweg. Ziel ist die Ausweisung eines Urbanen Gebietes (MU) gemäß § 6a BauNVO.

- Einstimmig -

16	Neuaufstellung Regionalplan - Allgemeine Siedlungsbereiche und Gewerbe- u. Industrieansiedlungsbereiche	689/2018-7
-----------	--	-------------------

- abgesetzt -

17	Ergebnisse straßenverkehrsrechtlicher Überprüfungen in Brenig auf Grund der Einwohnerversammlung vom 29.05.2017	643/2018-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

- Einstimmig -

18	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2018 betr. bauliche Entwicklung des Heerweges, Ortsteil Waldorf	675/2018-7
-----------	--	-------------------

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln anzufragen, ob einer Änderung des Flächennutzungsplans in eine Wohnbaufläche für den beantragten Bereich am Heerweg zugestimmt werden kann.

Der Beschlussentwurf wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

- 06 Stimmen für den Beschluss (SPD)
- 15 Stimmen gegen den Beschluss (CDU, B90/Grüne, FDP, UWG)
- 02 Stimmenthaltungen (LINKE, Breuer)

19	Antrag der CDU-Fraktion vom 10.10.2018 betr. Beschilderung Gewerbegebiet Bornheim-Süd in der Gemarkung Hersel	735/2018-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung,

1. die Anordnung der Verkehrszeichen 310 / 311 StVO (Ortstafel) innerhalb des Gewerbegebiets Bornheim-Süd an folgenden Standorten im Rahmen eines straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahrens nach § 45 StVO zu überprüfen:
 - 1.1 in der Ortschaft Hersel an der Alexander-Bell-Straße, von der Roisdorfer Straße kommend vor dem Kreisverkehr (Ortstafel Hersel),
 - 1.2 an der Gemarkungsgrenze Hersel / Roisdorf und am Ortsübergang an der Robert-Bosch-Straße (jeweils Ortstafel Hersel bzw. Roisdorf)
 - 1.3 am Ortsausgang / Ortseingang an der Alexander-Bell-Straße, von der L 183n kommend, (Ortstafel Hersel)
2. und den Ausschuss über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

- Einstimmig -

20	Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2018 betr. Planung und Umsetzung eines Radweges an der L 182	759/2018-7
-----------	---	-------------------

- nicht mehr behandelt -

21	Mitteilung betr. Änderung der Zusatzbeschilderung der Zufahrtsstraßen „Anlieger frei“ in „Lieferverkehr frei“ in Walberberg	654/2018-9
-----------	--	-------------------

- nicht mehr behandelt -

22	Mitteilung betr. Verkehrsverhältnisse in der Altenberger Gasse in Kardorf	811/2018-9
-----------	--	-------------------

- nicht mehr behandelt -

23	Mitteilung betr. Verkehrssituation in der Coloniastraße in Walberberg	656/2018-9
-----------	--	-------------------

- nicht mehr behandelt -

24	Ergänzende Beantwortung der Großen Anfragen der FDP-Fraktion vom 25.07.2018 betr. Busverkehr und Linienführung in Sechtem sowie vom 06.08.2018 betr. Pünktlichkeit des ÖPNV in Bornheim	731/2018-7
-----------	--	-------------------

- nicht mehr behandelt -

25	Mitteilung betr. Bauantrag zur Errichtung einer Hochseil-Kletteranlage an der Jugendakademie Walberberg	793/2018-6
-----------	--	-------------------

- nicht mehr behandelt -

26	Mitteilung betr. Bauantrag zur Nutzungsänderung von Teilen des Klosterhofes in Walberberg zu Wohnungen	794/2018-6
-----------	---	-------------------

- nicht mehr behandelt -

27	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	804/2018-1
-----------	---	-------------------

- nicht mehr behandelt -

28	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

- nicht mehr behandelt -

Ende der Sitzung: 21:55 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung